

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Julian Schwarze und Andreas Otto (GRÜNE)

vom 30. September 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 2. Oktober 2024)

zum Thema:

Schneller-Bauen-Gesetz: Wer fordert warum die Beteiligung der Umweltverbände abzuschaffen?

und **Antwort** vom 17. Oktober 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Oktober 2024)

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

Herrn Abgeordneten Julian Schwarze und Herrn Abgeordneten Andreas Otto (Grüne)
über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/20494

vom 30. September 2024

über Schneller-Bauen-Gesetz: Wer fordert warum die Beteiligung der Umweltverbände abzuschaffen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie viele Stellungnahmen von wem erfolgten zum Senatsentwurf zum „Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Bauvorhaben (Schneller-Bauen-Gesetz – SBG)“ (bitte auch namentlich auflisten, um welche Verbände, Organisationen, Unternehmen oder sonstige Personen, Institutionen oder Initiativen es sich handelte)?

Antwort zu 1:

Im Rahmen einer schriftlichen Anhörung zwischen dem 8. und 22. April 2024 bekamen gemäß § 39 GGO II 49 Fachkreise und Verbände Gelegenheit, zu dem Referentenentwurf zum Schneller-Bauen-Gesetz Stellung zu nehmen. Davon haben 21 eine eigene Stellungnahme übermittelt, zwei haben Fehlanzeige gemeldet und zwei weitere haben sich der Stellungnahme eines anderen Fachkreises bzw. Verbandes angeschlossen. Sechs weitere Fachkreise und Verbände haben eigenständig zum Entwurf Stellung genommen, ohne offiziell aufgefordert worden zu sein. Nach Ablauf der Beteiligungsfrist und außerhalb der offiziellen Anhörung wurden noch Stellungnahmen des Landestierschutzbeirats und des Sachverständigenbeirats Naturschutz und Landschaftspflege übermittelt. Eine Übersicht zu den im Rahmen der schriftlichen Anhörung beteiligten Fachkreisen und Verbänden gibt die folgende Tabelle:

Verband	Stellungnahme	angeschrieben?
Architekten- und Ingenieurverein	ja	ja
Architektenkammer Berlin	ja	ja
Bauindustrieverband Ost e. V.	ja	ja
Baukammer Berlin	ja	ja
BDB Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e.V.	nein	ja
BDLA - Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen	ja	nein
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	nein	ja
Berliner Mieterverein e. V.	ja	ja
Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR	ja	ja
Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)	ja	ja
Berliner Wasserbetriebe	ja	ja
BFW Landesverband Berlin/Brandenburg e. V.	ja	ja
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	ja	ja
BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz	ja	nein
BUND Berlin e. V.	nein	ja
Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. (BDVI)	ja (Übernahme)	ja
Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA	ja (Übernahme)	ja
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)	nein	ja
Bündnis junger Genossenschaften	ja	ja
Deutsche Bahn AG	Fehlanzeige	ja
Deutsche Stiftung Denkmalschutz	nein	ja
Deutsches Institut für vorbeugenden Brandschutz e. V. (DlvB)	ja	ja
Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK)	ja	ja
Eisenbahn-Bundesamt	ja	ja
Fachgemeinschaft Bau	ja	ja
GASAG Berliner Gaswerke AG	nein	ja
Geschäftsstelle bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)	nein	ja
Handwerkskammer Berlin	ja	ja
Haus und Grund Berlin	nein	ja
Industrie- und Handelskammer zu Berlin	ja	ja

Verband	Stellungnahme	angeschrieben?
infrest - Infrastruktur eStrasse	ja	nein
Innung Sanitär • Heizung • Klempner • Klima Berlin (Innung SHK Berlin)	nein	ja
Investitionsbank Berlin	ja	ja
Koalition Holzbau	ja	nein
Landesbeauftragte für den Tierschutz	ja	nein
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen	nein	ja
Landesverband Erneuerbare Energien Berlin Brandenburg e. V.	nein	ja
LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin	Fehlanzeige	ja
NABU Berlin	nein	ja
Naturfreunde Berlin	ja	nein
Oberverwaltungsgericht Berlin	nein	ja
Rechtsanwaltskammer Berlin	nein	ja
S-Bahn Berlin GmbH	nein	ja
SRL – Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e. V.	ja	ja
Verband Beratender Ingenieure (VBI)	nein	ja
Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU)	ja	ja
Verband Haus- und Wohneigentum Siedlerbund Berlin-Brandenburg e. V.	nein	ja
Verein der Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter e. V.	nein	ja
Vereinigung der Prüferingenieure für Baustatik in Berlin e. V.	nein	ja
Vereinigung der Prüferingenieure für Standsicherheit und Prüferingenieure für Brandschutz in Berlin e. V.	nein	ja
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)	nein	ja
Vereinigung freischaffender ArchitektenInnen Deutschlands e. V.	nein	ja
Verwaltungsgericht Berlin	nein	ja
Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger e. V.	nein	ja
ZIA Zentraler Immobilienausschuss	ja	ja

Frage 2:

Welche der unter 1. erfragten Stellungnahmen haben mit welchem konkreten Wortlaut den Wegfall oder die Kürzung der Beteiligung von Umweltverbänden in Bebauungsplänen, Baugenehmigungsverfahren, oder sonstigen Verfahren zur Bebauung von Grundstücken gefordert und was waren die jeweilige Gründe, die für die Forderungen benannt wurden?

Antwort zu 2:

Die im Entwurf zum Schneller-Bauen-Gesetz eingeführte 2-Wochen-Frist wurde durch sechs Verbände begrüßt und zum Teil mit Änderungswünschen bezüglich verbindlicherer Formulierungen und zur Einführung einer Fiktion ergänzt. Eine Übersicht zu den befürwortenden Stellungnahmen gibt die folgende Tabelle:

Verband	Stellungnahme
BIM Berliner Immobilienmanagement GmbH	„Nach zwei Wochen ohne Reaktion der Naturschutzvereinigungen sollte die Zustimmungsfiktion eintreten und entsprechend ins Gesetz aufgenommen werden.“
Berliner Wasserbetriebe	„Positiv zu bewerten, verkürzt die Genehmigungszeiten.“
BFW Landesverband Berlin/Brandenburg e. V.	„Die Einführung von Fristen zur Abgabe von Stellungnahmen von anerkannten Naturschutzvereinigungen wird begrüßt. Die klare Regelung trägt zur Beschleunigung von Verfahren bei. Aus unserer Erfahrung sind zwei Wochen die übliche Frist zur Beteiligung von Verbänden/Vereinigungen im Rahmen von Anhörungsverfahren.“
Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. (BBU)	„Die zeitliche Befristung der Stellungnahmen von anerkannten Naturschutzvereinigungen wird vom BBU begrüßt, da auch dies die Verfahren beschleunigt.“
Vereinigung der Unternehmensverbände In Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)	„Dies ist eine wichtige und richtige Regelung. Allerdings sollte diese „Soll-Regelung“ durch ein verpflichtende Regelung verschärft werden.“
ZIA Zentraler Immobilienausschuss	„Der ZIA sieht in der Festlegung einer konkreten Frist eine weitere Beschleunigung der Verfahren. Damit eine rechtssichere Anwendung gewährleistet werden kann, ist Satz 1 der Änderung wir folgt anzupassen: In den Fällen des Absatz 1 Nummer 3 und 5 müssen die anerkannten Naturschutzvereinigungen [...]“

Berlin, den 17.10.2024

In Vertretung

Alexander Slotty

.....

Senatsverwaltung für
Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen